

Das **Magazin** der Gewerkschaft **vida**.

Februar/März 2012

www.vida.at

vida

Alles für die Märkte?

AN DIE LEINE!

Die Finanzmärkte gehören zurückgedrängt.

Statt sich von den Finanzmärkten knebeln zu lassen, müssen die Regierenden auf die Menschen auf den echten Märkten hören. Europa braucht eine Politik, die Beschäftigung schafft.

IN DIESER AUSGABE

COVER	4
Finanzmärkte an die Leine!	
KOMMENTAR	14
Arbeitgeber mit Leseschwäche?	
BERUFSPORTRAIT	14
Eine Heimhelferin im Interview	
FRAUEN	15
Pensionsalter. Der Neid ist fehl am Platz!.	
DONAU-FRÄCHTER	16
Heuer ohne Steuer?	
RECHTSFALL	17
Während Pflegefreistellung gekündigt	
vida SEKTIONEN	8
REGIONALES	20
SERVICE	21
GEWINNSPIEL	23
IMPRESSUM	23

CARTOON



Laufend neue Informationen rund um Kollektivvertragsverhandlungen und vieles mehr finden Sie auf www.vida.at



Fotolia/flashpics

NEUES JAHR, NEUES MAGAZIN

Sicher fällt es Ihnen auf. Unser Magazin sieht anders aus. Wir haben über den Jahreswechsel an einem optischen Relaunch gearbeitet. Weil Bilder mehr sagen als Worte, gibt es nun mehr Fotostrecken. Damit Sie ein „Gesicht“ zu den Menschen haben, über die wir berichten. Zusätzlich haben wir uns für die Rückkehr zum Kleinformat entschieden. Denn den Rückmeldungen vieler LeserInnen konnten wir entnehmen, dass es eine klare Präferenz für dieses Format gibt.



NEUE ERSCHEINUNGSWEISE

Um die Mehrkosten für das Kleinformat auszugleichen, erscheint das vida-Magazin ab sofort zweimonatlich. Insgesamt gibt es sechs Ausgaben pro Jahr. Auf unserer Website gibt es überdies laufend Infos in Text, Ton und Bild. Schauen Sie online bei uns vorbei! Wir freuen uns auch über Ihre Rückmeldung zum neuen Magazin. Per Mail an zeitschrift@vida.at oder per Post an Gewerkschaft vida, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien.



Fotolia/Meddy Popcorn

INTERESSANT FÜR JUNG & ALT

Was gut ist, soll man bewahren. Deshalb wird es weiterhin zwei Versionen unseres Magazins geben. PensionistInnen erhalten wie gewohnt eine eigene Version des Magazins, in der auf mehreren Seiten speziell auf die Anliegen der älteren Menschen eingegangen wird. Der Vorsitzende der vida-PensionistInnen Rudolf Srba hat sich dafür eingesetzt, dass die Spezialausgabe für PensionistInnen erhalten bleibt. Ein Wunsch, dem wir gern nachkommen.

Eine Frage der Gerechtigkeit

von **Rudolf Kaske**
vida-Vorsitzender



„Wir Menschen auf den realen Märkten müssen den Ton angeben, die Politik darf sich nicht länger von den Finanzmärkten gängeln lassen!“ Das fordert die Bevölkerung. In unserer globalisierten Welt ist Österreich keine „Insel der Seligen“.

Welche Politik sich innerhalb der EU durchsetzt, ist von großer Bedeutung für uns. Deshalb blicken wir im aktuellen vida-Magazin, aber auch in unserer täglichen Arbeit über den österreichischen Tellerrand hinaus. Die Finanzmärkte müssen EU- und weltweit reguliert werden. Genauso wichtig ist, dass die Politik auf EU-Ebene endlich den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit aufnimmt. Auch die österreichische Regierung ist aufgerufen, zu handeln. Sie muss das Budgetdefizit verringern, aber auch in Zukunftsbereiche investieren.

Wer die Staatsausgaben mit der Rasenmähermethode kürzt, verschlechtert die Leistungen für die Bevölkerung. Weniger Nachmittagsbetreuung in den Schulen, schlechtere öffentliche Verkehrsverbindungen und noch längere Wartezeiten für einen Platz im Pflegeheim. Wollen wir das?

Es gibt klügere Wege aus der Krise. Die Vermögenden, die ihren Reichtum dank vieler Steuerprivilegien mühelos vermehren konnten und auch in der Krise kräftig verdient haben, müssen einen fairen Beitrag zahlen. ÖGB und AK haben ein Maßnahmenpaket vorgelegt, in dem Steuern auf große Vermögen eine wichtige Rolle spielen. In den vergangenen dreißig Jahren wurden die Reichensteuern gegen Null herabgefahren, während die Abgaben für die arbeitende Bevölkerung gestiegen sind. Es ist nur gerecht, den Spieß jetzt umzudrehen.

Bild: Paul Sturm



FAIRNESS IM EUROPÄISCHEN LUFTRAUM

Der Betriebsratschef der Austro Control, vida-Gewerkschafter Norbert Payr, wurde von den internationalen Arbeitnehmerverbänden ETF und ATCEUC sowie von der weltweiten Arbeitgeberorganisation CANSO zum Vorsitzenden für den Europäischen Sozialen Dialog für die Flugsicherung ernannt. Er wird im einheitlichen EU-Luftraum die Interessen der FluglotsInnen wahren.



Bilder: z/Vg, Fotolia/ Alexander Rath

AUSGELAGERT? ERFAHRUNGSBERICHTE AUS KRANKENHÄUSERN

Auslagerungen und Ausgliederungen machen vor dem Gesundheitsbereich nicht halt. Die Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA) hat im Auftrag von vida und der AK die Erfahrungen von BetriebsrätInnen zusammengetragen.

So entstand eine Argumentesammlung mit wertvollen Tipps für alle, die mit einer Auslagerung konfrontiert sind. Der Leitfaden wird im

Rahmen einer Veranstaltung präsentiert.

Der Termin: 6. März 2012, 18 bis 20 Uhr, ÖGB- und Gewerkschaftshaus Catamaran, Raum „Grete Rehor“, Handelskai 348, 1020 Wien.

Anmeldung bis 29.2.2012 unter Tel: 01/53444 79 621 oder gesundheit@vida.at, mehr Infos unter www.vida.at

Europa in der Schuldenkrise

Über die Verhältnisse gelebt? Für die Marktfrau und die Jugendlichen, die vielfach ohne Job dastehen, gilt das sicher nicht. Zulasten der Realwirtschaft gezockt wurde und wird dagegen auf den Finanzmärkten. Wir verlangen: Finanzmärkte an die Leine! Europa braucht eine Politik, die auf Wachstum und Beschäftigung abzielt.

Geld zum Leben.

Gute Arbeitsplätze, faire Einkommen, darum geht es der Bevölkerung.

Die Politik und die Märkte

ES GIBT EINE ALTERNATIVE

Einsparen. Kürzen. Streichen?

Um die Krise zu meistern, braucht es klügere Strategien.

mensenkürzung im Jahr 2010 und dem Einfrieren ihrer Gehälter vergangenes Jahr auch heuer keine Lohnerhöhung bekommen. Für die Privatwirtschaft hat Rajoy angekündigt, die Kollektivvertragspolitik zu „reformieren“. Sein Vorhaben: Kollektivverträge, die auf betrieblicher Ebene abgeschlossen werden, sollen Vorrang haben vor Kollektivverträgen auf regionaler oder gesamtstaatlicher Ebene. Schon sein sozialdemokratischer Vorgänger im Regierungsamt, Zapatero, hatte mit Sparpaketen und einem Abbau des Arbeitsrechts auf die Krise reagiert. Die Beschäftigung brach weiter ein. Spanien führt mit einer Arbeitslosenquote von rund 23 Prozent den Negativrekord in der EU an. Von den Jugendlichen ist in Spanien die Hälfte ohne Job.

VERFEHLTE KRISENPOLITIK IN DER EU

Um Impulse für neues Wachstum zu setzen, fordert EU-Kommissionspräsident Barroso „Reformen der Arbeitsmärkte“ ein. „Wenn die EU-Kommission ‚Arbeitsmarktreformen‘ anmahnt, sollten bei uns alle Alarmglocken schrillen“, sagt dazu der Leiter des ÖGB-Büros in Brüssel, Oliver Röpke. Denn bislang verstand die Kommission unter dem Schlagwort von der Arbeitsmarktreform eine einseitige Deregulierung und den Abbau des Kündigungsschutzes. „Gerade in der Krise haben sich aber regulierte Arbeitsmärkte bewährt, mit starken Kollektivverträgen und stabilen Beschäftigungsverhältnissen, so wie in Österreich“, erklärt Röpke.

Der Begriff der „Flexicurity“ wurde in der EU jahrelang hochgehalten. Dieses „Wundermittel“ sollte die Arbeitsmärkte flexibler und leistungsfähiger machen. Doch in der Praxis bedeutete es einen Verlust an sozialer Sicherheit für viele ArbeitnehmerInnen.

ARMUTSRISIKO ERSCHRECKEND HOCH

„Deutschland hat in wenigen Jahren einen der größten Niedriglohnssektoren geschaffen, mit fatalen Folgen für die betroffenen Menschen und für die soziale Balance in der Gesellschaft“, sagt der Gewerkschafter. Die Daten belegen seine Einschätzung: Laut einer Erhebung des europäischen Statistikamtes Eurostat ist in Deutschland das Armutsrisiko bei Arbeitslosigkeit besonders hoch. Der Grund: Wer einen prekären Job verliert, bekommt ein noch niedrigeres Arbeitslosengeld und auch das nur kurze Zeit. Denn die Absicherung bei Arbeitslosigkeit wurde in Deutschland 2005 massiv zurückgefahren. „Wir müssen wegkommen vom neoliberalen Irrglauben, dass mehr Flexibilität auf den Arbeitsmärkten automatisch mehr Beschäftigung schafft“, sagt Röpke. Stattdessen sei eine Nachfragepolitik nötig, die auf guten Löhnen und stabilen Beschäftigungsverhältnissen basiere. Um finanzielle Spielräume für Investitionen in Wachstum und Beschäftigung zu schaffen, müsse auch die „Verteilungsfrage“ gestellt werden. Es geht insbesondere darum, durch gemeinsamen Druck die Anhebung vermögensbezog-

Zur Krisenbekämpfung setzen die Regierungen auf Sparpakete und einen Abbau des Sozialstaats. Personalabbau im öffentlichen Dienst, Kürzung der Gehälter, Einschnitte bei den Pensionen, aber auch die Anhebung von Massensteuern gehören zu den Rezepten, die in vielen Ländern zur Bekämpfung der Schuldenkrise angewandt werden. Griechenland plant nun, nachdem den öffentlich Bediensteten bereits das Weihnachts- und das Urlaubsgeld weggenommen wurde, auch den ArbeitnehmerInnen in der Privatwirtschaft das 13. und das 14. Gehalt zu streichen. In Spanien hat der neue konservative Regierungschef Mariano Rajoy den gesetzlichen Mindestlohn eingefroren. Er liegt bei 640 Euro für einen Vollzeitjob. Überflüssig zu erwähnen, dass die öffentlich Bediensteten, nach einer Einkom-



Es geht um uns!

Eine Finanztransaktionssteuer würde Millionen einbringen. Geld, mit dem man die Beschäftigung ankurbeln kann.

ner Steuern auf nationaler Ebene und eine europaweite Finanztransaktionssteuer zu erreichen. „Die Europäische Kommission wollte eine Finanztransaktionssteuer nie haben. Trotzdem hat Barroso dann im September den Vorschlag dafür eingebracht“, sagt die österreichische EU-Abgeordnete Evelyn Regner. Nicht zuletzt der Druck

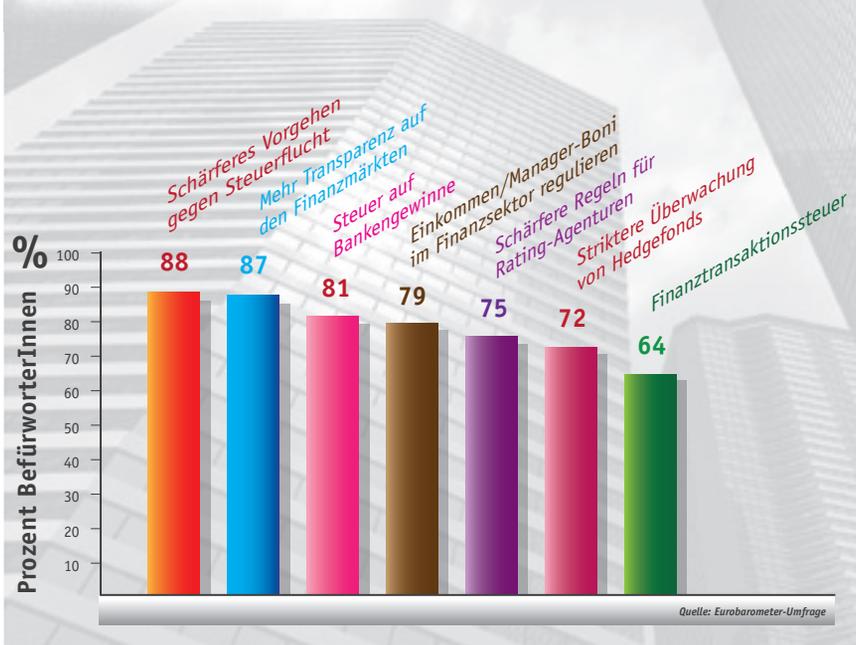
der Gewerkschaften hat die Kommission zu diesem Umdenken gezwungen, sodass heute ein konkreter Vorschlag auf dem Tisch liegt. Demnach soll die Finanztransaktionssteuer 2014 eingeführt werden. Allerdings sind die Pläne der Kommission wenig ambitioniert. „Der geplante Steuersatz liegt nur bei 0,1 Prozent auf Anleihen und Ak-

tionen. Bei den für die Stabilität der Märkte viel gefährlicheren Derivaten ist nur ein Steuersatz von 0,01 Prozent vorgesehen!“, kritisiert die sozialdemokratische EU-Abgeordnete. Der Steuersatz müsse auf 0,7 Prozent bis 1 Prozent angehoben werden und für alle Produkte gleich hoch sein. „Auf diese Weise wird der Handel mit spekulativen Produkten weniger lukrativ und es wird gleichzeitig mehr Geld eingenommen.“

Die Briten wehren sich am vehementesten gegen diese Spekulationssteuer. Dennoch sind sowohl Regner als auch Röpke optimistisch, dass die Finanztransaktionssteuer mittelfristig kommen wird. „Wir müssen alle weiter Gas geben und dürfen uns nicht von den Bremsern irritieren lassen“, sagt Regner.

Was tun zur Krisenbewältigung?

Die überwältigende Mehrheit der EU-BürgerInnen verlangt das Zurückdrängen der Finanzindustrie



UNEINGELÖSTE VERSPRECHEN

Viel Druck wird es auch brauchen, um die Regulierung der Finanzmärkte voranzutreiben. Denn über erste Ansätze ist die Regulierung nicht hinausgekommen. Es gibt zwar Fortschritte bei der europäischen Finanzmarktaufsicht. Auch der Marktmissbrauch, wie zum Beispiel Insiderhandel oder Kursmanipulationen sollen durch eine Abänderung der Finanzdienstleis-

Täglich entgehen uns 150 Mio. Euro!

Evelyn Regner
EU-Abgeordnete (SPÖ)



Bilder: zlg

Es ist ein Erfolg, dass die EU-Kommission einen Vorschlag für eine Finanztransaktionssteuer eingebracht hat

- auch wenn der Vorschlag weit hinter unseren Forderungen bleibt. Würde man die Steuer mit 0,7 bis 1 Prozent auf Anleihen, Aktien und Derivate ansetzen, brächte das Einnahmen von bis zu 200 Milliarden Euro pro Jahr. Dieses Geld könnte man insbesondere für das Ankurbeln von Beschäftigung nützen. Täglich entgehen uns 150 Millionen Euro, weil die Konservativen und Liberalen die Steuer blockieren. Mittelfristig bin ich aber optimistisch, dass die Finanztransaktionssteuer kommen wird.

Die jüngsten Schlussfolgerungen des Europäischen Rates erwähnen, dass die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit eine Priorität der EU sein soll. Diese Worte stehen aber im Gegensatz zum rigiden Sparkurs, der quer durch die Union gefahren wird.

Eine Idee von mir: Österreich soll eine österreichische Anleihe lancieren, die sich europäische Ziele setzt: Die Bekämpfung von (Jugend-) Arbeitslosigkeit, aber auch die Finanzierung von Innovationsprojekten. Vor allem österreichische Sparer sollten in die Anleihe investieren. So können wir mehr Geld im Land binden und Unternehmen anspornen, in Bereiche wie etwa Energieeffizienz zu investieren.



Druck machen!

So lange bis die Finanzmärkte wirklich gebändigt sind.

tungs-Richtlinie härter bestraft werden. Leerverkäufe und bestimmte Kreditausfallversicherungen sollen eingeschränkt werden. „Die Finanzmafia konnte in weiten Bereichen aber eine ernsthafte Regulierung verhindern“, kritisiert Röpke. Auch Regner meint, dass es noch viele Schritte brauche, um „die Finanzmarkthaie in die Schranken zu weisen.“

RATING-AGENTUREN HABEN ZU VIEL MACHT

Sie fordert insbesondere ein Spekulationsverbot auf Lebensmittel und Rohstoffe. „Auch der enorme Einfluss der Rating-Agenturen muss gebrochen werden“, sagt die EU-Abgeordnete. ÖGB und AK werden die bedenkliche Rolle der Ratingagenturen in den nächsten Monaten jedenfalls verstärkt ins Visier nehmen, kündigt Oliver Röpke an: „In einer Kampagne mit europäischen PartnerInnen werden wir auf klare Regeln und Beschränkungen für die großen drei Ratingagenturen drängen, die den Weltmarkt unter sich aufteilen und deren Verhalten die Krise noch verschärft hat.“ Ganz oben auf der Themenliste der Gewerkschaften in Europa bleibt 2012 die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. „Die Arbeitslosigkeit

unter den Jugendlichen in der EU liegt bereits über 20 Prozent. Das ist eine soziale Zeitbombe“, sagt Röpke. Der Einsatz für Wachstum und Beschäftigung und für die Chancen der Jugend müsse zur zentralen Frage werden, verlangt vida-Vorsitzender und ÖGB-Arbeitsmarktsprecher Rudolf Kaske. „Das Thema Jugendarbeitslosigkeit muss vom Rand in den Mittelpunkt der Wahrnehmung rücken. Und es braucht intelligentere Rezepte als den rigiden Sparkurs, den die EU-Kommission und die deutsche Kanzlerin Angela Merkel von allen verlangen. Wir fordern einen ausreichend dotierten EU-Jugendbeschäftigungsfonds, der Investitionen in die Ausbildung der Jugend sichert. Und wir wollen eine Wirtschaftspolitik, die auf Beschäftigung, Wachstum, Umweltschutz abzielt und damit den Menschen auf den realen Märkten dient.“

martina.fassler@vida.at

Webtipps:

www.oegb-eu.at

www.evelyn-regner.at

Die Fotos wurden aufgenommen beim Marktstand von Robert Schaar, Wachauer Obst, am Kutschkermarkt, 1180 Wien.

VERBESSERUNGEN FÜR DIE BESCHÄFTIGTEN

Vier Streitpunkten konnten zum Jahreswechsel geklärt werden.



Bild: Fotolia/pureshot

Dem ÖBB-Konzernbetriebsrat und vida gelang es, in vier Punkten im Sinne der MitarbeiterInnen Verhandlungserfolge zu erlangen.

TEUERUNGSABGELTUNG

Nach einem moderaten Lohnabschluss im Juli 2011, um Arbeitsplätze zu erhalten und eine Sanierung der ÖBB zu ermöglichen, hat die Belegschaftsvertretung zum Jahresende die Beteiligung am eingetretenen Sanierungserfolg gefordert. „Wir haben erkämpft, dass der Einsatz der Beschäftigten mit einer Einmalzahlung von 180 Euro abgegolten wird“, sagt ÖBB-Konzernbetriebsratsvorsitzender Roman Hebenstreit. Die Prämie wurde im Jänner 2012 ausbezahlt.

ÜBERSTUNDENDURCHSCHNITT

Während des Urlaubs besteht Rechtsanspruch auf die zusätzliche Auszahlung des Durchschnitts aller in 13 Wochen vor Urlaubsantritt geleisteten Überstunden. Die ÖBB waren hier säumig - diese Rechtswidrigkeit konnte jetzt beseitigt werden. Seit Jänner 2012 wird jetzt für alle ÖBB-MitarbeiterInnen der Überstundendurchschnitt auch im Urlaub und Krankenstand gesetzeskonform ausbezahlt. Fehlende Beträge für 2009 bis 2011 werden bis Ende März nachgezahlt.

BAHNBISTROS & DBO

Das Zusperrern zahlreiche Bahn bistros samt Angebotsverschlechterungen konnte ebenfalls verhindert werden. Die bisherigen Betriebsvereinbarungen über die variablen Gehaltsbestandteile für nach der Dienst- und Besoldungsordnung für Privatbahnen entlohnte ÖBB-Beschäftigte wurden unbefristet verlängert - es erfolgen Nachzahlungen für das Jahr 2011.

schiene@vida.at

Peanuts

Roman Hebenstreit

ÖBB-Konzernbetriebsratsvorsitzender



Für mit Boni verwöhnte Manager mögen 180 Euro mehr wohl nur Peanuts sein. Sie haben dabei schon eher im Hinterkopf, wie viele Millionen

das für 42.000 Beschäftigte wieder kosten wird. Für viele Beschäftigte stellen 180 Euro aber beispielsweise einen Wocheneinkauf im Supermarkt für ihre Familien dar. Darüber sollten unsere Vorstände angesichts der 2011 deutlich gestiegenen Teuerung einmal intensiv nachdenken.

Für uns war klar, dass dringender Handlungsbedarf besteht, für die EisenbahnerInnen eine zusätzliche Teuerungsabgeltung zum letzten Gehaltsabschluss zu erreichen. Das war nicht einfach, aber wir haben uns durchgesetzt.

Die ÖBB-Sanierung kann nicht auf dem Rücken der KollegInnen geschehen. Und auch der „schuldenbremsenden“ Bundesregierung sei ins Stammbuch geschrieben, dass das Budget nicht auf Kosten der ÖBB und der EisenbahnerInnen saniert werden kann. Wenn sinnvoll gespart werden soll, dann müssen bei der Bahn in erster Linie milliardenteure Infrastrukturprojekte überdacht werden.

roman.hebenstreit@vida.at

KV-TICKER:

Private Autobusbetriebe. Erhöhung der KV-Löhne und Zulagen rückwirkend mit 1.1.2012 um **3,6 Prozent**.

Au-pairs. Der monatliche Mindestlohn für maximal 20 Wochenstunden inklusive Arbeitsbereitschaft wurde mit 1.1. 2012 auf **376,26 Euro** angehoben.

Beschäftigte bei Bädern und Solarien in Wien. Die KV-Löhne steigen rückwirkend mit 1.1.2012 um **3,6 Prozent**, die Überzahlungen wurden um **3,2 Prozent** erhöht.

KindergartenassistentInnen. Der Mindestlohntarif für KindergartenassistentInnen und -helferInnen in privaten Einrichtungen wurde in allen Lohngruppen mit 1.1. 2012 um **50 Euro pro Monat** angehoben.

Apothekenhilfpersonal. vida erreichte eine Erhöhung des KV-Lohns von **50 bis 57 Euro**, das entspricht zwischen **3,5 und 4 Prozent**, geltend ab 1.1.2012.

HandelsarbeiterInnen. Die kollektivvertraglichen Mindestlöhne für die Lohn tafeln A und C werden bis 1.500 Euro um **50 Euro** erhöht, für darüberliegende Monatslöhne und FerialarbeiterInnen gibt es eine Erhöhung um **3,5 Prozent**. Der neue KV trat mit 1.1. 2012 in Kraft.

Details zu den Kollektivvertragsabschlüssen, insbesondere auch zu Verbesserungen der arbeitsrechtlichen Bestimmungen, finden Sie unter <http://kollektivvertrag.vida.at>

LUFTFAHRT

DUNKLE WOLKEN ÜBER DER AUA

Die MitarbeiterInnen wollen ein weiteres Sparpaket auf ihrem Rücken nicht hinnehmen.

Rund 800 PilotInnen und FlugbegleiterInnen der AUA (Austrian Airlines) haben Ende Jänner an einer Betriebsversammlung am Flughafen Wien-Schwechat teilgenommen. Das ist mehr als ein Drittel der Beschäftigten in diesem Bereich. AUA-Bord-Betriebsratschef Karl Minhard sprach deshalb von einem „massiven Zeichen“ des Protests gegen die „respektlose“ Vorgangsweise des Managements. Die AUA-Beschäftigten bekundeten in der Versammlung mit zahlreichen Wortmeldungen ihren Unmut: Auch sie wollen sich die Vorgangsweise des Managements nicht gefallen lassen.

VERSCHLECHTERUNGEN EINFACH AUF DEN TISCH GEKNALLT

Hintergrund der Auseinandersetzung ist ein vom AUA-Management dem Betriebsrat und den Gewerkschaften (vida und GPA-djp) kurzfristig und ohne Gespräche auf

den Tisch geknalltes „Sparpapier“ für die in die roten Zahlen gekommene Fluglinie. Dieser neue KV-Vorschlag des AUA-Vorstands würde erneut massive Verschlechterungen für die Beschäftigten, die bereits mehrfach durch die AUA-Sanierung im Zuge der Übernahme durch die Lufthansa zur Kasse gebeten wurden, bedeuten. Der Betriebsrat und die Gewerkschaften wollen nur über vernünftige neue Vorschläge Gespräche führen.

vida-Bundesgeschäftsführer Norbert Bacher-Lagler sicherte im Rahmen der Begrüßung bei der Betriebsversammlung den Beschäftigten die Unterstützung der Gewerkschaft vida zu. Als Kollektivvertragspartner werde man nichts unterschreiben, was die Beschäftigten nicht wollen. Zudem gebe es einen aufrechten Kollektivvertrag.

hansjoerg.miethling@vida.at

PERSONELLES

NEUER VORSITZENDER GOTTFRIED WINKLER



Der stv. ÖBB-Konzernbetriebsratsvorsitzende Gottfried Winkler hat mit Jahreswechsel den Vorsitz der vida-Sektion Verkehr übernommen. Der gelernte Elektroinstallateur wurde 1956 in Oberösterreich geboren und trat seinen Werdegang bei den ÖBB 1974 als Verschieber an.

EUROPA

GRENZÜBERSCHREITEND GEGEN LOHNDUMPING LokführerInnen kämpfen gemeinsam gegen Liberalisierungsmissbrauch.

Beim Treffen der LokführervertreterInnen aus Österreich, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Polen und der Slowakei in Prag konnten wegweisende Vereinbarungen zum interoperablen Einsatz der LokführerInnen getroffen werden, erklärt vida-Gewerkschafter Gerhard Tauchner, der als österreichischer Vertreter teilnahm.

Alle anwesenden Gewerkschaftsvertreter zeigten sich über Tendenzen besorgt, dass Eisenbahnunter-

nehmen im grenzüberschreitenden Verkehr LokführerInnen aller Länder um ihren Lohn betrügen, indem sie die EU-Regelungen zur Liberalisierung des europäischen Eisenbahnverkehrs geschickt ausnützen. Deshalb haben es sich die ArbeitnehmervertreterInnen des Lokfahrdienstes aller an diesem Treffen beteiligten Länder zur Aufgabe gemacht, derartiges Lohndumping zukünftig härter zu bekämpfen und auch vermehrt gemeinsam dagegen aufzutreten, bekräftigt Tauchner.

Rent a chair.

Wie aus ArbeitnehmerInnen plötzlich lauter „Chefs“ werden.

Bild: Fotolia/contrastwerkstatt

Lauter Cheffinnen?

FINGER WEG VON DER „STUHLMIETE“

Aus den USA schwappt ein fragwürdiger Trend im Friseurbereich nach Österreich über.

„Ich vermiete dir einen Friseurstuhl in meinem Salon, und du machst damit als dein eigener Chef das große Geschäft!“ Das ist das Angebot, mit dem einige findige Salonbesitzer an ihre MitarbeiterInnen herantreten. Vor allem in Wien kommt das nun gehäuft vor.

Wirklich selbstständig agieren kann man als „Stuhlmiete-riIn“ meist nicht. „Es handelt sich in vielen Fällen um eine ‚Scheinselbstständigkeit‘“, sagt Barbara Schröding von der vida-Landesorganisation Wien. Als Beleg dafür nennt die Gewerkschafterin folgende Punkte: Oft hat man sich an die Öffnungszeiten des Salons zu halten, die Terminvereinbarung erfolgt über den gemeinsamen Empfang und man muss die Produkte nehmen, die der Salon-Besitzer verwendet – und diesem dafür Geld bezahlen. „Auch eine eigene Marketingstrategie lässt sich so nicht verfolgen. Wer im Geschäft

eines anderen tätig ist, wird von den KundInnen selbst nicht als UnternehmerIn wahrgenommen“, sagt Schröding.

VIEL AUFWAND, SCHLECHTER ABGESICHERT

Um selbstständig tätig sein zu können, benötigt man – auch wenn man nur eingemietet ist – die Meisterprüfung. Der bzw. die Stuhlmiete-riIn muss sich zudem zur Sozialversicherung anmelden und das Einkommen selbst versteuern. „Nicht vergessen sollte man, dass es auch kein Weihnachts- und Urlaubsgeld gibt. Wird die Stuhlmiete-riIn schwanger, ist der Job weg. Denn eine arbeitsrechtliche Karenz, so wie bei einer unselbstständigen Tätigkeit gibt es nicht“, warnt auch der stellvertretende vida-Vorsitzende Willibald Steinkellner vor dem Sprung in die Scheinselbstständigkeit.

martina.fassler@vida.at

SOZIAL- UND GESUNDHEITSBERUFE

BESCHÄFTIGTE GEHEN AUF DIE STRASSE

Lautstarkes Signal für faire Einkommenserhöhung.

Mehr als 6.000 Menschen demonstrierten am 1. Februar in Wien, Linz, Graz und Klagenfurt für eine faire Lohnerhöhung für die Beschäftigten aus dem Bereich der privaten Gesundheits- und Sozialberufe (BAGS-KV und Caritas KV). Schon zuvor, am 23. Jänner, hatten BetriebsrätInnen aus den Privat- und Ordensspitäler in Wien einen Aktionstag abgehalten. Neben der Abgeltung der Teuerung, die bei mehr als drei Prozent lag, verlangt vida eine Erhöhung der Realeinkommen. Laufend aktuelle Infos zu den Verhandlungen sowie Videos und Fotos von den Aktionen finden Sie auf <http://soziales-gesundheit.vida.at>



Bild: W.Denk



Von links:
Michael Haim,
Ursula Woditschka,
Andreas Gollner,
Jakob Grumbach

Letzter Arbeitstag

WECHSEL IN DER SEKTION PRIVATE DIENSTLEISTUNGEN

Bundesfachgruppensekretär Jakob Grumbach geht in Ruhestand

Jakob Grumbach ist kein Mann der großen Worte. Ihm Persönliches zu seinem Abschied bei der Gewerkschaft vida zu entlocken ist schwierig, also lassen wir vorerst Zahlen und Fakten für ihn sprechen.

Seit 1968 ist Jakob Grumbach Gewerkschaftsmitglied, seit dem ersten Tag seiner Lehre bei der Gemeinde Wien. Im Laufe der Jahre hatte er zahlreiche Funktionen inne, vom Betriebsrat beim Roten Kreuz bis zum Sekretär für die Bundesfachgruppe Handel, Sicherheitsdienste, diverse Berufe. Ein Höhepunkt seiner Arbeit: das Sanitärergesetz, das nach jahrzehntelangen Bemühungen 2002 in Kraft tritt. „Das ist mein Kind“, gibt Jakob Grumbach jetzt doch etwas von sich Preis während er an seinem Schreibtisch sitzt, umgeben von dutzenden Ordnern, Mappen und Gesetzesbüchern. Unzählige Kollektivverträge und Betriebsvereinbarungen hat er ausgehandelt und so

Verbesserungen für die ArbeitnehmerInnen erreicht. Nach seinem unermüdlichen Einsatz bringt Jakob Grumbach der Ruhestand nun selbst eine Verbesserung: „So gerne ich gearbeitet habe, aber jetzt werde ich die Freiheit genießen.“

IHRE ANSPRECHPARTNER IN DER SEKTION

Neuer Bundesfachgruppensekretär der Bundesfachgruppe Handel, Sicherheitsdienste, diverse Berufe ist Michael Haim, bislang Sekretär der Fachgruppe Reinigung und Wartung. Im Bereich Reinigung und Wartung stehen Ihnen Bundesfachgruppensekretärin Ursula Woditschka und Sekretär Andreas Gollner zur Verfügung. Die Kontaktdaten aller Ansprechpersonen finden Sie auf <http://private-dienstleistungen.vida.at>

barbara.poelki@vida.at

SEKTION PRIVATE DIENSTLEISTUNGEN

LEHRE

GEBÄUDE-, DENKMAL- UND FASSADENREINIGER

Fundierte Ausbildung für eine strahlende Karriere

Reinigen ist ihr tägliches Handwerk, das Image der Denkmal-, Fassaden- und Gebäudereiniger gehört aber noch ordentlich aufpoliert. Viele Jugendliche sehen diese Lehre als Ausweichberuf an, nur 50 bis 60 pro Jahr schließen ein Lehrjahr ab. Dabei ist der Beruf zukunftssträftig, bietet rasche Aufstiegsmöglichkeiten und verlangt umfangreiches Fachwissen. Wer die zweieinhalbjährige Lehrzeit absolviert hat, weiß detailliert über Werkstoffe, Maschinen oder Sicherheitsvorschriften Bescheid und verfügt über Chemie-

und Physikkenntnisse, um nur einige der erlernten Qualifikationen zu nennen. Die Berufsbilder reichen vom Fachmann für Krankenhausreinigung bis zum Spezialisten für Denkmalsäuberung. Mit der Gesellenprüfung geht es meist rasch die Karriereleiter hinauf. Man übernimmt Verantwortung für Organisation und Qualitätsmanagement, Mitarbeiterführung oder bildet selbst Lehrlinge aus.

Details zur Lehre:
www.vidajugend.at



Bilder: vida, Fotolia/Jokaboons



Sema Memic

Sie sorgt meist unbemerkt für das Wohlbefinden der Gäste

Seit 14 Jahren Stubenmädchen

„FÜR DIE GÄSTE ARBEITEN IST MEIN JOB!“

Wir begleiten Sema Memic im Hotel Ananas

Sema Memic streicht über ihre Dienstschürze, zieht sich schnell die Lippen nach und lächelt: „Damit ich schön bin fürs

Foto.“ Nicht nötig, Frau Memic. Sie strahlen auch so sehr viel aus, vor allem etwas, das vielen anderen ArbeitnehmerInnen im Tourismus

fehlt: Zufriedenheit mit dem Job. Die gebürtige Bosnierin ist Stubenmädchen im Hotel Ananas in Wien. In einer Branche mit extrem hoher





Personalfuktuation versieht sie seit 14 Jahren ihren Dienst: „Zuerst habe ich nur einen Übergangsjob in Österreich gesucht, wegen dem Krieg, ich wollte eigentlich nicht bleiben. Aber heute bin ich immer noch da und zwar gerne.“ Zwei kleine Kinder, viele Wochenenddienste und unregelmäßige Arbeitszeiten hat Semsä Memic unter einen Hut gebracht: „Man muss gut organisiert sein. Nachmittags waren die Kinder im Hort, und auch mein Mann hat aufgepasst.“

STUBENMÄDCHEN IST SCHWERARBEIT

Dass es nicht immer lustig ist, anderer Leute Dreck wegzuputzen, bestreitet Semsä Memic gar nicht. Aber meistens mache ihr der Job Spaß. „Es gefällt mir, viel alleine zu arbeiten, ich kann nachdenken oder ich singe vor mich hin – das ist grauenhaft!“, lacht Memic. Für 20 Zimmer in der 2. Etage ist sie verantwortlich. Bleiben Gäste länger, ist es einfacher, Tagesgäste machen mehr Arbeit. Das ständige

Bücken und Heben beim Bettenmachen, Putzen und Aufräumen ist anstrengend. Die Aufgaben sind seit dem ersten Arbeitstag der lebenslustigen Frau dieselben geblieben, tagein, tagaus. Die Zahl der KollegInnen dagegen ist ständig geschrumpft. Semsä Memic will trotzdem bis zur Pension durchhalten. Es sind die Pausen in der Betriebskantine, der Zusammenhalt, die im Branchenvergleich faire Behandlung durch den Arbeitgeber, die der 45-Jährigen wichtig sind.

„DIE ARBEITSBEDINGUNGEN MÜSSEN BESSER WERDEN“

„Dass jemand diesen Job so lange aushält, ist mittlerweile die absolute Ausnahme“, sagt Berend Tusch, Zentralbetriebsratsvorsitzender der Austria Trend Hotels, zu denen das Hotel Ananas gehört: „Es liegt daran, dass im Ananas der Betriebsrat sehr gut organisiert ist, viel durchgerungen hat. In Betrieben ohne starke Belegschaftsvertretung sind die Arbeitsbedingungen zum Teil verheerend.“ Ein

optimistischer Blick in die Zukunft fällt dem jungen Betriebsrat schwer: „Die Arbeitgeber werden noch sehen, was sie davon haben, ihr Personal nur mehr als Kostenfaktor zu sehen. Sie jammern über Fachkräfte- und Lehrlingsmangel, aber sie ändern nichts. Man kann Jugendlichen kaum mehr ein Argument liefern, warum sie sich das antun sollten.“

HOFFNUNG AUF GERECHTE ENTLOHNUNG

Ein fairer, konkurrenzfähiger Lohn wäre eine Grundvoraussetzung. Im März beginnen die nächsten Kollektivvertragsverhandlungen. „Es muss eine Reallohnerhöhung geben, alles andere kommt überhaupt nicht in Frage!“, sagt Tusch. Semsä Memic wirkt angesichts dieser Worte einen Moment lang nachdenklich. Dann lächelt sie und steuert resolut auf das nächste Zimmer zu.

barbara.poelki@vida.at

Elisabeth Weber (57)

ist Heimehelferin beim Wiener Roten Kreuz.

Berufsportrait

EINE HEIMHELFERIN IN WIEN

Wie hoch ist Ihr Einkommen?

Mein Grundlohn ist ca. 1.300 Euro brutto pro Monat. Ich arbeite 30 Stunden in der Woche und habe keine Wochenenddienste. In unsere Branche gibt es maximal eine 35-Stunden-Woche und die Einstiegsgehälter liegen bei 1.450 Euro brutto für Vollzeit pro Monat, wobei

man für Arbeiten an Sonn- und Feiertagen Zuschläge erhält.

Warum sind Sie Heimehelferin geworden?

Vor der Geburt meines Sohnes war ich als Verkäuferin tätig. Nach der Karenz suchte ich eine neue Herausforderung mit familienfreundlicheren Arbeitszeiten. Vor 24 Jahren arbeiteten die HeimehelferInnen jeden Tag von 8 bis 14 Uhr und so hatte ich mehr Zeit für meinen Sohn. Heutzutage gibt es verschiedene Tagesdienste, Wochenenddienste und auch viele geteilte Dienste. Es ist heute viel schwieriger, Berufstätigkeit und Mutterrolle unter einen Hut zu bringen.

Wie sieht Ihr Tagesablauf aus?

Um sechs Uhr in der Früh fahre ich zu meiner ersten Klientin bzw. meinem ersten Klienten. Im Schnitt besuche ich vier bis fünf Menschen pro Arbeitstag. Die Aufenthaltsdauer in jeder Wohnung ist von der Anzahl der zu verrichteten Tätigkeiten abhängig. Mein Arbeitstag endet gegen 14.30 Uhr.

Was gefällt Ihnen an Ihrem Job?

Wenn man den KlientInnen mit Freundlichkeit begegnet, lassen sie einem ihre Dankbarkeit spüren. Der Beruf an sich vermittelt

mir ein gewisses Gefühl der Bewegungsfreiheit, da ich nicht an den Schreibtisch gebunden bin. Durch die tägliche Begegnung mit unterschiedlichen Menschen ist für Abwechslung gesorgt.

Was gefällt Ihnen am wenigsten?

Der Arbeitsdruck hat sich in den letzten Jahren erheblich erhöht, da man immer mehr Tätigkeiten in immer kürzerer Zeit schaffen muss. Es bleibt weniger Zeit für das persönliche Gespräch mit dem betreuungsbedürftigen Menschen.

patrick.nikitscher@vida.at

ZAHLEN UND FAKTEN

Die Heimehelferin bzw. der Heimehelfer unterstützt betreuungsbedürftige Menschen bei den Verrichtungen des täglichen Lebens, bei der Haushaltsführung und bei der Erledigung von verschiedenen Wegen wie Einkauf, Behördengänge und Arztbesuche. Dieser Beruf wird von Organisationen und Vereinen angeboten. Das Mindestalter für die Tätigkeit als HeimehelferIn ist 18 Jahre. Die Ausbildung erfolgt in Kursen und umfasst 200 Stunden Theorie und 200 Stunden Praxis. Derzeit gibt es österreichweit rund 8.000 HeimehelferInnen.

Bild: zVG

GLOSSE

ARBEITGEBER MIT LESESCHWÄCHE?

Freitag der 13. Jänner hatte es in sich. Bei gleich zwei Verhandlungsrunden im Sozial- und Gesundheitsbereich legten die Arbeitgeber Angebote vor, die bestenfalls als „Zumutung“ bezeichnet werden können. Nicht einmal die Teuerung, die im vergangenen Jahr über drei Prozent ausmachte, wollten sie ihren MitarbeiterInnen abgelten. Eine Kürzung der Reallöhne wollte man den Gewerkschaften als Einkommenserhöhung verkaufen. Haben die Arbeitgeber eine Rechenschwäche?

Am Abend des 13. wurde dann noch die Herabstufung der Kreditwürdigkeit Österreichs durch die Ratingagentur Standard and Poor's bekannt. „Wir haben alle über die Verhältnisse gelebt. Daher müssen wir jetzt noch mehr und schneller sparen als ohnedies geplant“, meldeten sich gleich einige Arbeitgebervertreter zu Wort. Haben die Arbeitgeber eine Leseschwäche?

Denn in der Begründung von Standard and Poor's für die Herabstufung ist das Gegenteil zu lesen. Neben den ausufernden Geschäft-

ten der österreichischen Banken in Ungarn und Italien, die jetzt für ganz Österreich zu einem Risiko werden, sieht die Ratingagentur die Wirtschaftsentwicklung durch einen zu strengen Sparkurs bedroht: Einseitige Sparpakete könnten das Wachstum abwürgen, den Inlandsverbrauch gefährden und Arbeitsplätze zerstören.

Wir GewerkschafterInnen fordern für die Beschäftigten eine faire Einkommenserhöhung. Weil es gut für die Menschen und weil es auch gut für die Wirtschaft ist. (mf)



Historischer Rückblick DER „DEAL“ UM DAS FRAUENPENSIONALTER

Mehr als 70.000

Frauen unterschrieben Anfang der 1990er Jahre gegen die Anhebung des Frauenpensionsalters. Die damalige ÖGB-Frauenvorsitzende Hilde Seiler präsentierte dem Bundeskanzler das Ergebnis.

Das gesetzliche Pensionsantrittsalter der Frauen liegt in Österreich bei 60. Schon vor rund zwanzig Jahren gab es eine heftige Diskussion um das frühere Antrittsalter der Frauen. Denn der Verfassungsgerichtshof erklärte die Bestimmung damals für verfassungswidrig. Parteiübergreifend mobilisierten die Frauen daraufhin für das zeitlich befristete Festhalten an der Regelung. An vorderster Front dabei waren die Gewerkschafterinnen. Mehr als 70.000 Frauen unterzeichneten die Postkartenaktion der ÖGB-Frauen gegen das überfallsartige Anheben des Pensionsal-

ters. Die Argumentation der Frauen: „Gleichstellung darf nicht beim Pensionsalter beginnen – zuvor muss die Gleichberechtigung im Beruf erreicht werden.“ Nach langen Verhandlungen einigten sich die Parteien 1992 auf das so genannte „Gleichbehandlungspaket“. Es enthielt einige Gesetze, die die Gleichstellung am Arbeitsmarkt vorantreiben sollten. Zugleich beschlossen die Parteien per Verfassungsgesetz, dass das reguläre Pensionsantrittsalter für Frauen weiter bei 60 liegt, aber von 2024 bis 2033 schrittweise auf das Antrittsalter der Männer angehoben wird. Die Verein-

barung, der die Frauenpolitikerinnen damals zustimmten, lautete kurzgefasst: Wir gehen jetzt mit einer Vielzahl an Maßnahmen die Gleichstellung der Frauen an. Dafür heben wir dann, ab 2024 das Pensionsantrittsalter der Frauen jedes Jahr um sechs Monate an, bis 2033 der Gleichstand mit den Männern erreicht ist. Obwohl Österreich innerhalb der EU das Land mit den zweitgrößten Einkommensunterschieden zwischen Frauen und Männern ist, bricht jetzt die Diskussion um die vorzeitige Anhebung des Frauenpensionsalters wieder voll aus.

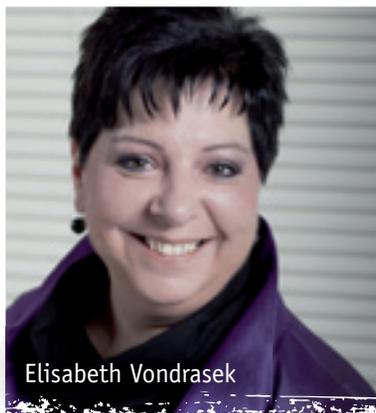
INTERVIEW

„Der Neid ist fehl am Platz“

Elisabeth Vondrasek, vida-Frauenvorsitzende

Männer arbeiten länger, Frauen leben länger. Ist das nicht eine grobe Ungerechtigkeit?

Frauen verdienen im Durchschnitt um ein Drittel weniger als Männer. Selbst Frauen, die kinderlos bleiben und durchgehend beschäftigt sind, bekommen weniger gezahlt. Die Benachteiligung der Frauen ist nach wie vor eine Realität. Männern aus meinem Bekanntenkreis, die meckern, weil die Frauen länger eine Pension bekommen, schlage ich oft einen Tausch mit ihrer Frau vor. „Ok, du gibst dich



Elisabeth Vondrasek

mit dem zufrieden, was sie verdient und später auch mit der niedrigen Pension. Willst du das?“ Die meisten lehnen dann dankend ab. Dazu kommt, dass zwar das gesetzliche Pensionsalter von Frauen und Männern derzeit fünf Jahre auseinanderliegt. Tatsächlich gehen Männer im Schnitt aber nicht einmal zwei Jahre später in die Pension als Frauen.

Würden die Frauen bei einem höheren Pensionsalter nicht besser aussteigen?

Wer Frauen eine höhere Pension verspricht, wenn sie länger im Erwerbsleben bleiben, sagt nur die halbe Wahrheit. Die Einkommensbenachteiligung und die Diskriminierung werden mit zunehmendem Alter nicht geringer, im Gegenteil. Viele ältere Frauen finden keinen Job oder müssen sich mit einem Teilzeitjob durchschlagen, der dann erst recht in eine niedrige Pension mündet. Meine Position ist klar: Frauen sollen natürlich auch länger als bis 60 Jahre arbeiten, wenn sie das wollen. Aber bei der Gleichstellung im EU-Vergleich unter den Schlusslichtern sein und trotzdem den Frauen vorzeitig das frühere Pensionsantrittsalter wegnehmen – da machen wir Gewerkschafterinnen nicht mit.



SOZIALDUMPING

ist in vielen Schifffahrtsbereichen ein großes Problem.

Donau-Frachtschiffahrt

HEUER OHNE STEUER

Mit illegalen Arbeitsverträgen werden in der Frachtschiffahrt Besatzungsmitglieder ausgebeutet.

Die Erste Donau Dampfschiffahrtsgesellschaft (EDDSG) betreibt Frachtschiffe auf der Donau. Sie hat die letzten 34 Kapitäne mit österreichischem Arbeitsvertrag nach Lohnverzicht – trotz aufrechter Beschäftigungsgarantie bis Ende 2012 – gekündigt. Die Gewerkschaft hat dagegen Klagen eingebracht. Die EDDSG beschäftigt dafür jetzt ausschließlich Matrosen und Kapitäne als Tagelöhner, für die sie in keinem Land Sozialabgaben und Lohnsteuern zahlen, prangert *vida*-Fachsekretär Robert Hengster an. Vermehrte Unfälle in der Donauschiffahrt seien die Folgen unmenschlicher Arbeitsbedingungen und Sicherheitsmängel: „Fast 600 Personen versehen unter Umgehung aller arbeitsrechtlichen Vorschriften Dienst auf den Frachtschiffen. Für 86 Euro am Tag muss 14 Stunden, sieben Tage die Woche gearbeitet werden. Krankheit bedeutet Beschäftigungsverlust, freie Tage werden nicht bezahlt, wer meckert oder sein Recht sucht, kommt auf die schwarze Liste und wird nie wieder beschäftigt“, kritisiert der Gewerkschafter.

TAGELÖHNER ZUM UMFALLEN AUSGEBEUTET

Am schlimmsten seien aber illegale Visa-Praktiken in der Binnenschiffahrt. Die vielen ukrainischen und serbischen Tagelöhner, die über ein ungarisches Personalbereitstellungs-Subunternehmen angeworben werden, bekämen von deutschen Botschaften – etwa in der Ukraine – Schengen-Visa mit handschriftlichen Zusatzvermerken ausgestellt: „Diese werden unter Vorspiegelung falscher Tatsachen zur Arbeitsaufnahme in Österreich oder Ungarn missbraucht, obwohl die Visa nur für Deutschland gelten. Wir fordern, dass diese Missbrauchsmöglichkeiten endlich abgestellt werden“, betont der *vida*-Fachsekretär. Die Arbeitsverträge der Frachtschiffer seien auch deswegen illegal, weil sie auf falschen Angaben begründet sind, erläutert Hengster. „Diese Verträge wurden z.B. über die Briefkastenfirma Margolo in Limassol, Zypern, auf Grundlage der Hochseeschiffahrt ausgestellt. Da es in Zypern aber keine schiffbaren Flüsse und somit auch

keine Binnenschiffahrt gibt und die Arbeitnehmer mit deutschen Visa nie nach Zypern kommen, müsse diese dort keine Steuern und Sozialabgaben entrichten“, so Hengster. „Zudem können die EDDSG-Frachter auf Grund ihrer Bauweise nicht auf den Meeren fahren. Die weder kranken- noch pensionsversicherten Matrosen und Kapitäne müssen aber arbeiten, bis ihnen schwindlig wird. Dann werden die nächsten ausgebeutet“, ergänzt der Gewerkschafter.

DURCH KONTROLLEN GESCHWINDELT

Warum muss die EDDSG/Helogistics Gruppe (seit 2010 im Besitz des ukrainischen Oligarchen Kostyantyn Zheva-go) eigentlich keine Angst vor Kontrollen haben? Weil in jedem Land, in dem eines der Schiffe behördlich geprüft wird, behauptet wird, dass für Abgaben, Steuern und Arbeitnehmerschutz ein anderes Land zuständig wäre. Die „österreichischen“ Schiffe werden z.B. in Deutschland registriert und nach Ungarn verchartert und ausländische Besatzungen nach „zypriotischem Arbeitsrecht“ angeheuert. Die EDDSG hat zu den Vorwürfen bis jetzt in der Öffentlichkeit geschwiegen. Die Gewerkschaft und der Betriebsrat wollen dem Treiben in der Binnenschiffahrt aber nicht zusehen: „Wir haben auch bereits alle zuständigen Ministerien in Österreich und Deutschland, sowie die EU-Kommission kontaktiert. Die zuständigen Beamten und Minister müssen jetzt endlich einschreiten, um dem Sozialdumping auf der Donau endlich den Hahn abzudrehen und ihre Zuständigkeiten klären“, bekräftigt Hengster: „Bezeichnend ist auch, dass am Ende derartiger Firmengeflechte mit Sozialdumping und illegal Beschäftigten immer Superreiche stehen: Im aktuellen italienischen Unglücksfall der Reederei Costa Cruises, Micky Arison, und wie im Fall der EDDSG und Helogistics der ukrainische Milliardär und Politiker Konstantin Zheva-go.“

Bild: Fotolia/motornadbr

luft-wasser@vida.at

Pflegefreistellung: Was im Gesetz steht.

Die Pflegefreistellung ist ein gesetzlich verankertes Recht. Wenn nahe Angehörige erkranken oder die Betreuungsperson eines Kindes ausfällt, können ArbeitnehmerInnen eine Pflegefreistellung nehmen. Der Arbeitgeber muss für die Zeit den Lohn weiterzahlen. Die Pflegefreistellung kann von Mutter oder Vater in Anspruch genommen werden. Voraussetzung ist, dass man mit dem Kind im gemeinsamen Haushalt lebt. Die Freistellung gilt auch für Adoptiv- und Pflegekinder. Sie können auch zuhause bleiben, wenn andere nahe Angehörige erkranken und ihre Betreuung benötigen.

Das Recht auf Pflegefreistellung gibt es seit 1977. Ursprünglich war die Freistellung auf maximal eine Woche pro Arbeitsjahr begrenzt. Die ÖGB-Frauen erreichten 1992 eine Verbesserung. Für Kinder unter 12 Jahren kann man seither bis zu zwei Wochen Pflegefreistellung nehmen. Die zweite Woche kann aber nur bei einer neuerlichen Erkrankung des Kindes in Anspruch genommen werden. Ein Problem ist, dass die Pflegefreistellung bei eingetragenen Partnerschaften und bei Lebensgemeinschaften nur für den leiblichen Elternteil des Kindes gilt.

Was die Gewerkschaft vida fordert:

- ❖ Gleichstellung der „neuen“ Familienformen
- ❖ auch Elternteile, die nicht im gleichen Haushalt mit ihren Kindern leben, sollen eine Pflegefreistellung nehmen können
- ❖ Pflegefreistellung auch bei Krankenhausaufenthalt des Kindes
- ❖ Voraussetzung der „erneuten Erkrankung“ für die zweite Woche Pflegefreistellung (bei Kindern unter 12) soll wegfallen.

michaela.feik@vida.at



Rechtsfall

WÄHREND PFLEGEFREISTELLUNG GEKÜNDIGT

Alleinerzieher verlor Job.

Rainer Gebhardt ist alleinerziehender Vater von kleinen Kindern. Der Oberösterreicher nahm einen Job als Nachttankwart bei einer Tankstelle in Eugendorf bei Salzburg an. Denn er wollte untertags für seine beiden Töchter da sein, die erst eineinhalb und drei Jahre alt sind.

Anfang Dezember erkrankten die beiden Mädchen an einem grippalen Infekt, der sich gefährlich auf die Lunge schlug. „Die Kinderärztin hat mir Pflegefreistellung statt Spital nahegelegt, weil die Kinder noch so klein sind“, erzählt Gebhardt. Als er seine Chefin über die Pflegefreistellung informierte, soll diese ge-

meint haben, er solle sich „das gut überlegen“. Es sei schwer, in dieser Zeit einen Arbeitsplatz zu finden. Gebhardt bestand auf seinem gesetzlichen Anspruch und faxte die Pflegefreistellung an die Chefin. Diese kündigte den Mann.

„Ich würde es wieder tun. Ich muss doch bei meinen Kindern sein“, sagt der Vater, der sich mit dem Vorfall an die Gewerkschaft vida wandte. vida und die AK-Salzburg unterstützen Gebhardt nun bei seinem Gang vor das Arbeits- und Sozialgericht. „Das Ganze ist einfach nur menschenverachtend. Die Tankstellenpächterin Sonja Ostermayer ist bei uns nicht unbekannt. Seit 2005 gab es sieben Verfahren und mehrere Interventionen“, erzählte Kajetan Uriach von der vida-Landesorganisation Salzburg. „Die Kündigung wäre ohnehin gekommen. Er hat nicht ins Team gepasst und ist mit der Arbeit nicht zurechtgekommen“, sagte die Arbeitgeberin gegenüber der Tageszeitung „Kurier“.



Rainer Gebhardt
mit seinen Kindern.

BETRIEBSRAT MIT KAMPFGEIST

Ümit Kale ist seit kurzem Vorsitzender des Arbeiterbetriebsrates bei der „R&S Gourmet Express VertriebsgmbH“.



Seit 13 Jahren betreut R&S Gourmet Express die gehobene Gastronomie und Hotellerie mit Lebensmitteln aus der ganzen Welt. Derzeit sind rund 60 MitarbeiterInnen beschäftigt und 23 ArbeiterInnen sind Mitglied der Gewerkschaft vida. „Da kann man einiges bewegen“, erklärt Ümit Kale.

GESCHLOSSENHEIT

Das hat sich im November des Vorjahres gezeigt. Die Geschäftsführung wollte den Dienstplan der LKW-Fahrer umändern, ohne den Betriebsrat zu involvieren. „Abgesehen von der finanziellen Schlechterstellung, hätte es auch immense Auswirkungen auf das Familien-

leben der Betroffenen gehabt“, erklärt der 37-Jährige. Gemeinsam mit der Landesorganisation Salzburg der Gewerkschaft vida hat das Betriebsratsteam im Rahmen einer Betriebsversammlung die ArbeiterInnen informiert. „Wir haben ihnen klar gemacht, dass wir nur gemeinsam dagegen ankämpfen können. Am Ende hatten wir 16 neue Gewerkschaftsmitglieder. Wir haben die Geschäftsführung mit dem geschlossenen Widerstand konfrontiert – drei Tage später haben sich die Verantwortlichen von ihrem ursprünglichen Plan distanziert“, erzählt der engagierte Betriebsratsvorsitzende.

patrick.nikitscher@vida.at

Bild: ÖGB/Thomas Reimer

Mitgliederwerbung

VIDA STARK. EINE ZWISCHENBILANZ

Seit November des Vorjahres geht vida neue Wege in Sachen Mitgliederwerbung.



Die Kampagne „vida stark“ läuft seit mehr als vier Monaten österreichweit und bis zum jetzigen Zeitpunkt konnten rund 800 neue Mitglieder gewonnen werden. Seit

Mitte Oktober des Vorjahres gab es vier Teilkampagnen in ausgewählten Betrieben und auch im öffentlichen Raum. „In den vergangenen Wochen waren einige GewerkschaftssekretärInnen und BetriebsrätInnen in Sachen Mitgliederwerbung erfolgreich. Sie werden noch weitere FunktionärInnen motivieren, bei unserer Kampagne mitzumachen“, erklärt der Kampagnenleiter Georg Eberl.

SPEZIFISCHE BEDÜRFNISSE

„Unsere Infomaterialien für die BetriebsrätInnen sind gut angekommen, doch wichtig ist, dass wir auf die einzelnen Berufsgruppen noch spezifischer eingehen“, nennt Kampagnenkoordinator Christoph

Lipinski als eine Erkenntnis. „Das geht nur, wenn wir die betreuten SekretärInnen nicht nur bei der Umsetzung unterstützen, sondern bereits im Planungsprozess mehr einbeziehen“, ergänzt der gebürtige Wiener.

AKTIVISTINNEN

Diese Möglichkeit wird es in den nächsten Monaten mit der Teilkampagne „vida stark durch AktivistInnen“ geben. „Dabei sollen Mitglieder neue Mitglieder werben und die betreuten SekretärInnen der Gewerkschaft vida arbeiten am Konzept mit“, erklärt Lipinski abschließend.

gemeinsamstark@vida.at

Bild: vida

BAHN-SONDERREISEN TRANSSIB UND VIETNAM

Unser Angebot für Bahn-Fans.

Mit der ersten Reise zum Sonderpreis besuchen EisenbahnfreundInnen die Städte Moskau, Jekaterinburg und Irkutsk mit der **Transsibirischen Eisenbahn** entlang des Baikalsees. **Termin:** 9. bis 17.09.2012; **Preis/Person** im DZ: 1.840 Euro.

Die zweite Tour führt nach **Vietnam:** Rundreise ab Hanoi bis Saigon mit Nächtigung am Schiff/Halongbucht, Nachtzug Hanoi-Hue, UNESCO Weltkulturerbe Hoi An,

Saigon und Badeaufenthalt sowie Treffen mit KollegInnen der „Vietnam Railways“! **Termin:** 24.11. bis 6.12.2012; **Preis/Person** im DZ: 1.790 Euro.

Details auf www.vida.at und www.eastlink.at/oebb.html

Buchung: Eastlink Travel Service, 1030 Wien; Tel. 01/7138430, E-Mail: i.luttenberger@eastlink.at, bzw. bei Jakob Aschauer, ÖBB-ZBR-Büro, Mobil: 0699-17811010, E-Mail: jakob.aschauer@vida.at



GEWALTPRÄVENTION MIT VIDA

Konfliktmanagement-Seminar für vida-Mitglieder.

Gewalt am Arbeitsplatz hat viele Gesichter. Besonders betroffen von Gewalt am Arbeitsplatz sind Beschäftigte in Dienstleistungsberufen und im Verkehrssektor. Wir hoffen, dass Sie nie mit Gewalt an Ihrem Arbeitsplatz konfrontiert sind. Für den Fall des Falles ist es aber sinnvoll, auf solche Situationen vorbereitet zu sein. vida bietet deshalb für Mitglieder ein ganztägiges Seminar an, bei dem der bessere Umgang mit Stress, Gewalt und Zeitmanagement erlernt werden soll. Das Seminar findet am 23. Juni 2012, von 10 bis 17 Uhr im

ÖGB-Haus Catamaran, Johann Böhm-Platz 1, 1020 Wien statt. Anmeldungen bitte per E-Mail an arbeitnehmerinnen-schutz@vida.at, mehr Informationen erhalten Sie bei Koll. Peter Traschkowitsch, Tel: 01/53 444 79 -596.

WEBTIPP

Mehr Informationen zur vida-Initiative gegen Gewalt am Arbeitsplatz finden Sie unter www.tatortarbeitsplatz.at



PREKÄRE BESCHÄFTIGUNGSBEDINGUNGEN IN DER PAKETZUSTELLUNG

KONFERENZ

Das von der Forschungs- und Beratungsstelle FORBA koordinierte und von der EU-Kommission finanzierte Projekt SODIPER setzt sich mit den Beschäftigungsbedingungen in den privaten Unternehmen in der Postdienstleistungsbranche auseinander. Untersucht wurden die zunehmend prekären und somit schlechteren Arbeitsbe-

dingungen in Tschechien, Ungarn, Deutschland und Österreich. Über die Ergebnisse wurde eine vier-sprachige Broschüre erstellt. Diese wird im Rahmen einer **zweitägigen Konferenz „Prekäre Arbeitsbedingungen in der internationalen Paketzustellung“** am 1. und 2. März 2012 von 15:30 bis 19:30 bzw. von 9.30 bis 13 Uhr präsentiert. Dis-

kussionen und Referate stehen am Programm. BetriebsrätInnen und Beschäftigte sind dazu in die Zentrale der **Gewerkschaft GPA-djp, Alfred-Dallinger-Platz 1., Raum 3, 1030 Wien** herzlich eingeladen. Mehr Informationen zur Veranstaltung finden Sie auf www.vida.at bzw. können Sie anfordern bei strasse@vida.at

Niko (15)

und Mutter Elisabeth. Das nicht-behindertengerechte Badezimmer erschwerte beiden das Leben.



Bild: ZVG

Hausbesorgerin**EIN BADEZIMMER FÜR NIKO**

Über ein „Christkind“ der besonderen Art freuten sich Niko (15) und seine Mutter Elisabeth Unger aus Graz im Dezember. Niko hat eine geistige Behinderung, er benötigt Hilfe auch bei der täglichen Körperpflege. Seine alleinerziehende Mutter ist Hausbesorgerin, die beiden leben in der Dienstwohnung der Frau. „Als Niko noch klein war, machte es noch nicht so viel aus, dass die Wohnung kein behindertengerechtes Badezimmer hatte. Doch mittlerweile ist er ein großer Bursche. Das Hinein- und Herausheben in die Bade-

wanne und die tägliche Körperpflege wurden für Niko und seine Mutter zu einer echten Prozedur“, erzählt Renate Hoffmann. Sie ist die Vorsitzende des Arbeiterbetriebsrates bei der Wohnbeigenossenschaft BWSG in Graz und Frauenvorsitzende der vida-Landesorganisation Steiermark.

BETRIEBSRÄTIN RENATE HOFFMANN HALF UNBÜROKRATISCH

Voraussetzung für die Übernahme der Umbaukosten durch den Dienstgeber wäre gewesen, dass alle Besitzer der Eigentumswohnungen des Hauses, in dem Elisabeth Unger arbeitet, dem Umbau des Bades zustimmen. „Das hätte sich endlos ziehen können“, sagt Renate Hoffmann. Die resolute Betriebsrätin sorgte stattdessen selbst für unbürokratische Hilfe. Die Firma, die den Umbau durchführen sollte, zeigte sich auf ihre Anfrage zu einer Preisreduktion um 50 Prozent bereit. Einige Grazer Firmen, die die Betriebsrätin anscrieb, leisteten eine Geldspende. Das Charity-Team der Grazer Linien spendete den Erlös eines Flohmarktes für den Badumbau und auch „Licht ins Dunkel“ konnte Renate Hoffmann zur Unterstützung des Projekts bewegen. „Alles in allem hat es von der Planung bis zum fertigen Umbau rund sechs Monate gedauert. Kurz vor Weihnachten konnte Niko erstmals das neue, geräumige und auf seine Bedürfnisse zugeschnittene Badezimmer mit Dusche benutzen“, ist Renate Hoffmann erleichtert.

www.spardabank.at

**Sorgenfrei
erLEBEN**

Eine Bank wie ein Freund

SPARDAbank
freundlich & fair

SPARDAbank
Eine Bank wie ein Freund

VIDA-FERIENWOHNUNGEN

Günstig Urlauben mit vida

Der Aufenthalt in einer Ferienwohnung der Gewerkschaft vida bietet Ihnen einen Urlaub in gemütlicher Atmosphäre. Die Wohnungen sind mit allen wichtigen Dingen des Alltags ausgestattet: Vom Fernseher bis zur Bettwäsche ist für alles gesorgt.

Unsere Ferienwohnungen:

IN KÄRNTEN:

- ❖ **Kötschach-Mauthen** Nr. 393/1/2, 9640 Kötschach Mauthen. Küche mit Essecke, Wohnzimmer, Bad, WC, Schlafzimmer, 2 Kinderzimmer, Vorraum, Abstellraum, Balkon für max. **5 Personen**

IN SALZBURG:

- ❖ **Bad Gastein** Poserstraße 8A/3/10, 5640 Badgastein. Küche mit Essecke, Wohnzimmer mit Schlafgelegenheit, Schlafzimmer, Bad und WC, Vorraum, Balkon für max. **5 Personen**
- ❖ **Dorfgastein** Bahnhofstraße 13/1/5, 5632 Dorfgastein. Küche mit Essecke, Wohnschlafzimmer, Bad mit Dusche, WC, Vorraum, Abstellraum für max. **4 Personen**
- ❖ **Salzburg (Stadt)** Elisabethstr. 8c/4/16, 5020 Salzburg. Küche, Wohnzimmer mit Schlafgelegenheit, Bad und WC, Schlafzimmer, Kinderzimmer, Vorraum, Balkon für max. **5 Personen**

- ❖ **Zell am See Top 7:** Küche, Wohnzimmer mit Schlafgelegenheit, Bad, WC, Schlafzimmer, 3 Wohnungen Kinderzimmer, Vorraum, Balkon für max. **5 Personen**
Top 10 + 11: Küche, Wohnschlafzimmer, Bad und WC, Vorraum, Abstellraum für max. **4 Personen**,
Bergstr. 3/7, 3/10, 3/11, 5700 Zell am See

IN TIROL:

- ❖ **Kitzbühel** Bahnhofstr. 11a/4 + 11b/4, 6370 Kitzbühel. Küche mit Essecke, Wohnzimmer mit Schlafgelegenheit, Bad, WC, 2 Wohnungen. Schlafzimmer, Vorraum, Balkon für max. **5 Personen**
- ❖ **Seefeld** Föhrenwald 584/8, 6100 Seefeld. Küche mit Essecke, Wohnzimmer mit Schlafgelegenheit, Bad und WC, Schlafzimmer, Vorraum für max. **5 Personen**
- ❖ **Wörgl** Wildschönauer Str. 54/III/8, 6300 Wörgl. Küche mit Essecke, Wohnzimmer mit Schlafgelegenheit, Schlafzimmer, Bad, WC, Vorraum, 2 Balkone für max. **5 Personen**

IN VORARLBERG

- ❖ **Feldkirch** Beim Levner Weiher 3a, 6803 Feldkirch. Küche, Wohnzimmer mit Schlafgelegenheit, Bad und WC, Schlafzimmer, Vorraum für max. **4 Personen**

Preise (pro Person und Nacht) - bis 18. Mai 2012:

Bad Gastein, Kitzbühel, Kötschach Mauthen, Salzburg, Seefeld, Zell/See (Wohnung 7):

HS/NS Erw. € 17,-/€ 15,-
HS/NS Kinder (6-15 J.) € 9/€ 8,-

Dorfgastein, Feldkirch, Wörgl, Zell/See (Wohnung 10 + 11):

HS/NS Erw. € 15,-/€ 13,-
HS/NS Kinder (6-15 J.) € 8/€ 7,-

Preise (pro Person/Nacht) - ab 19. Mai 2012:

Badgastein, Kitzbühel, Kötschach Mauthen, Salzburg, Seefeld, Zell/See (Wohnung 7):

HS/NS Erw. € 18,- /€ 16,-
HS/NS Kinder (6-15 J.) € 9,50 / € 8,50

Dorfgastein, Feldkirch, Wörgl, Zell/See (Wohnung 10 + 11):

HS/NS Erw. € 16,- /€ 14,-
HS/NS Kinder (6-15 J.) € 8,50 / € 7,50

Hauptsaison (HS): bis 7. April und von 19. Mai bis 29. September
Nebensaison (NS): ab 7. April bis 19. Mai und vom 29. September bis 24. November

NÄHERE INFOS

Weitere Informationen bekommen Sie unter Tel: 01/534 44 79 441 sowie im Internet unter: <http://freizeit.vida.at>
-> Ferienwohnungen

Das Seminar-Park-Hotel Hirschwang
in der Rax-Schneeberg-Region.



Billiger urlauben mit der vida-Card

SEMINAR-PARK-HOTEL HIRSCHWANG

Urlauben am Fuße der Rax.

Ausgedehnte Wanderungen. Das 4-Sterne-Hotel mit 70 Zimmern, großzügigem Wellnessbereich und traumhaften Hotelpark überzeugt durch seine einmalige Lage direkt am Fuße der Rax. Es ist ein idealer Ausgangspunkt für Wand-

erungen auf die Rax und den Schneeberg. Unzählige historisch interessante Ausflugsziele der Umgebung wie zum Beispiel das Wasserleitungsmuseum Kaiserbrunn oder das Weltkulturerbe Semmeringbahn laden zu schönen Ausflügen ein.

GUTES KLIMA

Der aktuelle vida Podcast zum Anhören



In der 18. Episode des vida Podcast geht es um Klima, Klimaschutz und Klimawandel. Experten erklären, was die sogenannten „green jobs“ ausmacht und warum der Erhalt der Regionalbahnen zum Klimaschutz beiträgt. Außerdem gibt es Servicetipps für Nachhaltigkeit in Job und Alltag und wir wagen einen ökologischen Blick in die Zukunft: Wie könnte unser Leben 2050 aussehen?

Hören Sie mehr auf
<http://podcast.vida.at>

HOTELEIGENER WELLNESSBEREICH.

Nach einer spannenden Tagestour speisen Sie in einem der beiden hoteleigenen Restaurants „anatol“ oder „brasserie“ mit ausgezeichnete Küche und einem fulminanten Weinangebot. Oder Sie entspannen sich im hoteleigenen Wellnessbereich mit Hallenbad, Sauna, Dampfbad, Infrarotkabine und Fitnessraum. vida-Mitglieder erhalten eine Ermäßigung um 10 Prozent auf Normalpreise (gültig bei Nächtigung/Frühstück, Halb- oder Vollpension, ausgenommen weitere Kosten während des Aufenthaltes und spezielle Angebote).

NÄHERE INFOS

Seminar-Park-Hotel Hirschwang
Trautenberg-Straße 1
2651 Hirschwang
Tel.: 02666 58110
Fax: 02666 58110-77
office@seminarparkhotel.at

WEBTIPP

Weitere vida-Card-Angebote finden Sie unter <http://card.vida.at>

PFINGSTEN IN HIRSCHWANG

Gewinnen Sie einen Kurzurlaub für zwei Personen.

Die Gewerkschaft vida verlost das „Pfingst-Angebot“ vom Seminar-Park-Hotel Hirschwang im Wert von 199 Euro pro Person (3 Nächte mit Halbpension). Mehr Infos zu den Angeboten des Hotels finden Sie auf www.seminarparkhotel.at



Entspannen
im Seminar-Park-Hotel
Hirschwang.

LÖSUNGSWORT

1	2	3	4	5	6

...UND SO GEHT'S!

Schicken Sie das Lösungswort an:
vida/Pressereferat;
Kennwort „Pfingsten in Hirschwang“,
Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien

oder per E-Mail an
Zeitschrift@vida.at

Einsendeschluss: 6. März 2012

Haarwaschmittel	Kurzwort: Abonnement	Futtergefäß	Abk.: World Wide Web	Teil des Hühner-eis	Vorwort	Nur-Lese-Speicher-scheibe (EDV)	Trocken-gras	ver-söhnen (gehoben)
manuell geschaltete Abzweigung								4
arabischer Sackmantel			Vogel-ei mit weicher Schale					
Staubbesen mit Fransen				Stoßfänger von Schienenfahrzeugen	Ansturm auf eine Bank (engl.)			
Rennschlitten	1	Verbindungsstelle, Furche			Abk.: Messerspitze (Rezepte)		Scherz, Spaß	
			Beweis-zettel, Quittung	unemp-fänglich, gefeilt				
Großgebäude für Schmierstoffe						eng vertraut		aus-zeichnen
Gebirgskette (span.)	Kurort bei Innsbruck (Bobbahn)		k. u. k. Oberst-Spion †	Schuh-macher-werk-zeug				6
					Stift in Renn-schuhen	Nestor-papagei		spani-scher Ausruf
				Trojaner-held bei Homer				
Ackergerät		Abk.: deletatur			3	Hast, über-stürztes Drängen		
römischer Sonnengott			Ab-schluss-prüfung					

IMPRESSUM

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1.

Unternehmensgegenstand: Herstellung und Verbreitung literarischer Werke aller Art, Datenverarbeitung für Dritte, Handelsgewerbe und Handelsagenden, Werbung und Marktkommunikation.

Geschäftsführung: Mag. Gerhard Bröthaler, MBA, DI (FH) Roman Grandits

Einziger Gesellschafter: ÖGB Beteiligungsgesellschaft m.b.H.

Mehrheitsgesellschafter der ÖGB Beteiligungsgesellschaft m.b.H.:

Österreichischer Gewerkschaftsbund

Sitz: Wien

Betriebsgegenstand: Herstellung und Verbreitung sowie der Verlag literarischer Werke aller Art, insbesondere von Büchern, Zeitungen und Zeitschriften, Kunstblättern, Lehrmitteln und Buchkalendern; die Erbringung von Dienstleistungen in der Informationstechnik, der Handel mit dem Betriebsgegenstand dienenden Waren sowie das Ausüben der Tätigkeiten einer Werbeagentur.

Die Blattlinie entspricht jenen Grundsätzen, die in den Statuten und der Geschäftsordnung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (Fassung gemäß Beschluss durch den 17. Bundeskongress des ÖGB) festgehalten sind.

Herausgeber: ÖGB/Gewerkschaft vida, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien

Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel. 01/662 32 96 - 39744, Fax 01/662 32 96 - 39793, E-Mail: rene.wimmer@oegbverlag.at, www: http://www.oegbverlag.at, UID: ATU 55591005, FN 2267691

Hersteller: Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörfel, Bickfordstraße 21

Herstellungsort: Neudörfel; Verlagsort: Wien

Redaktionsteam dieser Ausgabe: Martina Fassler (Chefredakteurin), Michaela Feik, Hansjörg Miethling, Patrick Nikitser, Maria Ostermann, Barbara Pölki

Sonderseiten PensionistInnen: Walter Darmstädter, Rudolf Srba

Grafik: Peter-Paul Waltenberger (AD), Reinhard Schön (ÖGB-Verlag)

Foto Titelseite: www.lisalux.at

Redaktionsadresse: Gewerkschaft vida, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, zeitschrift@vida.at, Tel: 01/53 444 79-265

DVR-Nr. 0046655, ZVR 576 439 352

Im Steuer-Sparadies? Ja, ganz sicher!

Genießen Sie jetzt mit der ÖBV sensationelle Steuervorteile:

- > KEST-frei sparen mit der fondsgebundenen Lebensversicherung der ÖBV
- > KEST-frei sparen mit der klassischen Lebensversicherung der ÖBV
- > Steuerfreie Zusatzpension mit der staatlich geförderten Zukunftsvorsorge der ÖBV
- > Fragen Sie uns, wir beraten Sie gerne!



Mit der ÖBV durchs Leben